

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Erstausgabe 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer manchmal 1.20 M., vierzehntäglich 2.00 M. Durch Träger und anderes. Versendungen frei. Und dann monatlich 1.50 M., vierzehntäglich 4.20 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierzehntäglich 4.20 M. ohne Belegsatz. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Vellage „Der Landwirt in Nassau“

Verlag, Schriftleitung und Hauptredaktion: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Herausg. Nr. 8015, 8016, 8017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 20 Pf., Niedersachsen 1.—M.; außerhalb 50 Pf., Niedersachsen 1.20 M. Seitenpreise u. Abdruck laut Tarif. Sonderbeilagen 5 M. pro 1000.

Nummer 588

Montag, 18. November 1918.

72. Jahrgang.

Posen in polnischer Hand.

Richtlinien für die Demobilisation in der Metallindustrie.

Auf Anordnung des A.- u. S.-Rates Frankfurt.

Auf Vorschlag des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind nach Verhandlungen mit dem Verbande der Metallindustriellen folgende Richtlinien für die Ueberleitung von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft vereinbart worden:

1. Es besteht die Verpflichtung zur Wiedereinstellung aller vom Heeresdienst Entlassenen und Kriegsverletzten bei der Firma, bei der sie am 1. Juli 1914 beschäftigt waren, so weit sie auf eine Wiedereinstellung reifster waren. Die Einstellung erfolgt zu Lohn- und Arbeitsbedingungen, die zur Zeit für gleichwertige Arbeiter maßgebend sind.

2. Nach dem von der Regierung angekündigten Demobilisationsplan erfolgt zunächst die Entlassung der vom Arbeitgeber angeforderten Mannschaften. Die Aussöderung erfolgt nach Anhörung des Arbeiterausschusses.

3. Die Munitionserzeugung wird sofort abgebaut und innerhalb einer Woche spätestens bis zum 22. November endgültig eingestellt.

Einige Aufforderung wird sofort aufgehoben; es wird nur in Lohn gearbeitet und mit dem Durchschnittsverdienst der letzten vier Wochen, bis zu 2 Mark die Stunde für Männer und 1.20 M. für Frauen und jugendliche Arbeiter bezahlt.

4. Entlassungen sind solange als irgend möglich auf jeden Fall in den nächsten vierzehn Tagen, also bis zum 29. November, zu vermeiden. Erfolgt im Einverständnis mit den Arbeitern und Arbeitern eine frühere Lösung des Arbeitsverhältnisses, so haben die Beteiligten Anspruch auf Bezahlung des Durchschnittsverdienstes der letzten vier Wochen.

Um die Bahn und die Lebensmittelversorgung in Frankfurt zu entlasten, wird zunächst auf die Dauer von vierzehn Tagen empfohlen, diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerhalb von Groß-Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Griesheim, Nied und Schwanheim wohnhaft sind und nachweislich dauernd in der Metallindustrie tätig waren, auf Antrag der Beteiligten oder auf Veranlassung der Firma nach Anhörung des Arbeiterausschusses zu beurlauben. In diesen Fällen wird eine Verlängerung von sieben Tagen des Durchschnittsverdienstes der letzten vier Wochen gewährt.

Die tägliche Arbeitsschicht wird auf höchstens acht Stunden mit vollem Ausgleich des Verdienstes für Lohn- und Akkordarbeiter festgesetzt.

Ist eine weitere Einschränkung des Betriebes erforderlich, so ist diese mit den Arbeiterausschüssen zu vereinbaren. Soweit die Arbeiter und Arbeiterinnen mit verkürzter Arbeitszeit nicht den anderthalblosen Betrag der städtischen Arbeitslosenunterstützung erreichen, erhalten sie bis auf weiteres durch den Arbeitgeber einer entsprechenden Zu- schuss.

5. Die Betriebsleitungen stellen in Gemeinschaft mit den Arbeiterausschüssen diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen fest, die eventl. bereit sind, aus den Betrieben auszuscheiden.

6. Sind nach Einschränkung der Arbeitszeit Entlassungen unvermeidlich, so eestreden sich diese zunächst auf:

a) ledige Arbeiter und Arbeiterinnen, die früher ausschließlich in der Land- und Handwirtschaft tätig waren,

b) auf weibliche Arbeitsträger, die nicht als Ernährer der Familie in Frage kommen und erst während der Dauer des Kriegs in die Metallindustrie eingetreten sind; in Frankfurt wohnhafte kommen erst nach den in rein ländlichen Orten wohnhafte zur Entlassung;

c) die Angehörigen von Berufen, die erst infolge der Kriegswirtschaft in die Metallindustrie eingetreten sind.

7. Entlassungen erheblichen Umfangs sind vor ihrer Durchführung dem städtischen Arbeitssch. anzuseigen.

8. Eine Herabsetzung der Löhne und Akkordpreise ist unzulässig, solange die heutigen Lebensbedingungen keine wesentliche Ermäßigung erfahren.

9. Die Arbeiterausschüsse, insbesondere deren Obfrau sind berechtigt und verpflichtet, bei der Durchführung dieser Richtlinien und allen sich aus der Demobilisation ergebenden Notwendigkeiten in und außerhalb des Betriebes tatkräftig mitzuverarbeiten. Die für diese Tätigkeit erforderliche Zeit wird mit dem Durchschnittsverdienst der letzten 4 Wochen vergütet. Die erforderlichen Utensilien stellt der Arbeitgeber zur Verfügung.

Der Arbeitser- und Soldatenrat erkennt diese Vereinbarung an und verordnet, daß dieselbe für alle Bewerbergruppen, auch außerhalb der Metallindustrie sofort in Kraft tritt.

Frankfurt a. M., 18. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Friedenskonferenz.

Zürich, 17. Nov. (Privat-Tel.) Wenn schweizerische Böllter auftreffend unterrichtet sind, wird die Friedenskonferenz voraussichtlich anfangs nächsten Monats in Versailles beginnen. Vorher, und zwar schon in den nächsten Wochen, werden die Ministerpräsidenten und die Außenminister der Entente über die Frage des Vorfriedens in Paris verhandeln. Wahrscheinlich werden diese Verhandlungen in der zweiten Dezemberwoche beginnen. An der eigentlichen Friedenskonferenz wird neben Präsident Wilson auch Staatssekretär von Cossig teilnehmen.

Zusammenschluß des Bürgertums in Wiesbaden.

Mitglieder der Nationalliberalen Partei in Wiesbaden fanden sich auch am gestrigen Sonntag Vormittag wieder zusammen, um die Notwendigkeiten zu besprechen, die sich aus der weiteren Entwicklung der politischen Lage ergeben. Es herrschte volle Einstimmigkeit darüber, daß der Herrschaft der radikalen und sozialistischen Demokratie gegenüber eine Sammlung des Bürgertums stattfinden müsse, wenn es bei der Neuordnung der Dinge nicht unter die Räder kommen will. Auch darüber herrschte Einigkeit, daß die Nationalliberale Partei durch die Aenderung der Zustände keineswegs ihre Taseinöderichtigkeit verloren habe, daß aber das Parteiprogramm eine entschlossene Reform auf dem Boden der gegebenen Tatsachen erfahren müsse. Die Möglichkeit der Verschmelzung mit anderen liberale Partien wurde aufgegeben. Die Verhandlungen über ein Zusammensein mit der Fortschrittlichen Volkspartei in Wiesbaden haben bisher noch an keinem positiven Ergebnis geführt; es scheint, als ob diese Partei ihre eigenen Wege gehen will, was auf dem Grunde bedauerlich wäre, weil dadurch die Geschlossenheit des gesamten nichtsozialistischen Bürgertums unmöglich gemacht würde. Angesichts der kommenden Wahlen zur Nationalversammlung sollte jede programmatische Auseinandersetzung der Bürgerlichen Parteien vorsichtig vermieden und eine gemeinsame Plattform in der Notwendigkeit gefunden werden, sofern die Bürgerliche Abgeordnete zu entstehen wie nur möglich. Es kommt zunächst alles darauf an, daß der Bürger in einer genügend starken Einfluss auf die Gestaltung der Verfassung bekommt, damit die einseitige Formung der deutischen Republik als sozialistische Republik verhindert wird. Die Zentrumspartei, die konservativen Parteien und die Nationalliberale Partei sind zu einem wahltauglichen Zusammensein bereit. Auch diese bilden schon eine sehr starke Gruppe, die im östlichen, vielleicht aussichtsreichendem Gewinn aus dem Wahlkampf hervorgehen könnte. Es wurde beschlossen, zu nächst am Sonnabend eine Parteiveranstaltung in Wiesbaden einzuberufen, zu der auch andere Mitglieder des Bürgertums eingeladen werden, soweit sie die endgültige Neuordnung der Dinge im radikal-demokratischen Sinne nicht wünschen. In dieser Versammlung soll auch die Frage eines Bürgerrats für Wiesbaden zur Besprechung gestellt werden.

Lettow-Vorbeck's Kapitulation.

London, 17. Nov. (Wolff-Tel.) Reuter. Der deutsche Oberbefehlshaber in Ost-Afrika, General v. Lettow-Vorbeck, hat kapituliert.

Ein Telegramm aus London meldet noch, daß deutsche Truppen Lettow-Vorbecks in Ostafrika noch immer mit einer Truppenmacht von 1000 Einwohneren und 300 Deutschen standhalten. Die Deutschen hätten keine Geschütze, aber viele Maschinengewehre.

Die Entente und der Kaiser.

Amsterdam, 17. Nov. (Wolff-Tel.) Der „Telegraph“ schreibt: Er hält aus einer Quelle vernehm, daß die Entente sich auf den Standpunkt setze, daß sie gegen die Anwesenheit Wilhelms von Hohenzollern in Holland keine Beschwerden erheben könne. Wenn die einer deutschen Privatperson gewährte Gastfreundschaft keine sie nichts einwenden, da Holland und Deutschland bestreitete Macht seien.

London, 17. Nov. (Wolff-Tel.) Das Nordhessische-Blatt „Daily Mail“ verlangt, daß der katholische Kaiser, der als Erzverbrecher anzuklagen sei, der Entente ausgeliefert und vor Gericht gestellt wird. Wir nehmen von dieser Meldung lediglich aus dem Grunde Notiz, um daran zu erinnern, mit welch wahnwitzigem Haß der im Deutschen geborene leibige Vord Nordhessische den gestürzten Kaiser, der als Privatmann in Holland wohnt, noch immer verfolgt. Wenn die Flucht des Kaisers nach Holland auch ein sehr betrübendes Ereignis war, mit dem sich der monarchisch gebliebene noch immer nicht abfinden vermug, so müssen so helle Gemeinschaften, wie sie die „Daily Mail“ sich vorzustellen, doch mit bestem Entschluß aufzugeben werden. Dem Diktator der angloamerikanischen Presse empfehlen wir, wenn er glaubt, auf die Ente nach „Erzverbrechen“ aßen zu müssen, sich in seiner näheren Umgebung umzusehen; er wird nicht vergeblich suchen. Die Schrift.

Untergang eines franz. Panzerkreuzers.

Paris, 17. Nov. (Wolff-Tel.) Die Böllter melden: Bei den heutigen Manöveren ist die Nachtschiff eingetroffen, daß das französische Panzerboot „Val de l'Yonne“ beim Einlaufen in die Bucht di Taitaro auf eine Mine gestoßen und gesunken sei. Der größte Teil der Besatzung soll gerettet sein.

Ein Handstreich des polnischen A.- u. S.-Rates.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tel.) Dem „Vorwärts“ wird aus Posen gemeldet: Seit gestern befindet sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz in polnischen Händen, und zwar geschah die Umsiedlung nicht durch den Einfluss der polnischen Legionen von außen her, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Macht an sich brachten. Von den Generalbehörden in Berlin erwartet man Maßnahmen zum Schutz der deutschen und der jüdischen Bevölkerung.

Die vorliegende Meldung traf am Sonntag abend ein. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag erhielten wir die nachstehende Depesche:

Berlin, 17. Nov. (Privat-Tel.) Die politische Presseagentur leistet unserem Gewährmann über die angeblichen Angriffe auf Posen und Oberschlesien folgendes mit:

Wohl eingehenden Informationen in Warschau können wir feststellen, daß an den Berichten von einer Bedrohung oder gar einer Besetzung der polnischen Gebiete Deutlichkeit durch polnische Truppen nicht ein wahres Wort ist. Es handelt sich hierbei lediglich um Provokationen gewisser Elemente, die von der Neuordnung der Verhältnisse eine Einwirkung ihres bisherigen ausgeschlagenden Einflusses befürchten und daher bemüht sind, unter der Bevölkerung durch gewillige Auskunft unzutreffender Nachrichten Unruhe und Unsiedeln zu erzeugen.

Die Regierung Polens und mit ihr das polnische Volk sind nicht gewillt, aus der Notlage Deutschlands politische Vorteile zu ziehen. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Völkern über kriittische Fragen soll nicht das Werk gewalttätiger Handstreichs, sondern das Ergebnis Friedlicher, im Geiste der Versöhnung ertragreicher Verhandlungen sein.

Das polnische Volk möglicherweise wohl, daß es auch für die Zukunft mit dem deutschen Volke in engen Beziehungen leben mög, und ist gewillt, diese Beziehungen im Geiste der Völkerverständigung zu friedlichen und freundlichen auszubauen und gemeinsam mit dem neuen Deutschland wie mit jedem anderen Kulturstoff an den großen Aufgaben zu arbeiten, vor die der Zusammenbruch der alten und die Herausforderung der neuen Weltordnung die Menschheit stellt hat.

Heimkehr Deutscher aus Warschau.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tel.) In Deutsch-Ostau ist gestern aus Warschau der erste Heimtransport mit 800 deutschen Frauen und 100 Beamten eingetroffen. In Warschau ist alles ruhig. Die Deutschen sind wohlbehalten. Der weitere Heimtransport der Deutschen ist geregelt.

Neidenburg, 17. Nov. (Wolff-Tel.) Als Vertreter des Soldatenrats Warschau zwecks Weiterleitung des Truppentransports nach der Grenze entlandt, finde ich in deutschen Zeitungen Nachrichten über das Schicksal meiner Kameraden, die im höchsten Maße geeignet sind, deren Angehörige zu beruhigen. Ich stelle nochmals fest, daß ein ordentlicher Transport begonnen hat und seinerzeit Verabschiedung zur Beurteilung vorhanden ist.

Am Auftrage des Soldatenrats Warschau: Wagner.

Bolschewistische Greuelstaten in Kronstadt.

Saas, 17. Nov. (T.-II.-Tel.) Neulige aus Helsingfors berichten, daß die Sozialisten in Kronstadt fünfzehntausend Gefangene auf Leichterwaffe gezwungen und diese verletzt haben. Wer zu entkommen versucht, wurde niedergeschossen, darunter auch der frühere Gouverneur von Finnland.

Der Handelsverkehr mit Holland.

Saas, 17. Nov. (Privat-Tel.) Das Ministerium des Neuherrn hat von der deutschen Botschaft folgende Mitteilung erhalten:

1. Die deutsche Sperrlinie ist aufgehoben.
2. Für den Abzug von Waren aus Deutschland ist keine Verstärkungsverfügung mehr notwendig. Dies gilt auch für die Durchfahrt durch Deutschland.

3. Die bisherigen Verpflichtungsverträge treten außer Kraft. Die geleisteten Banti garantien werden zurückgegeben.

4. Die von der deutschen Industrie für den Besuch und die Verteilung von Waren aus Deutschland errichteten Bureau seien ihre Arbeit im Einvernehmen mit den entsprechenden niederländischen Körperschaften fort.

5. Privatabkommen niederländischer Abnehmer mit deutschen Lieferanten oder deren Vertreter werden durch das Obenstehende nicht berührt.

Die Verwaltungsbehörden in Preußen.

Das preußische Ministerium des Innern teilt mit: Durch den soeben veröffentlichten Bunderlass an alle Ober- und Regierungspräsidenten ist bestimmt worden, daß Vertreter des Arbeiter- und Soldaten- beziehungsweise Bauernrates als Kontrollanz den eingeladenen Verwaltungsbehörden zur Seite zu treten haben und, vorbehaltlich der Vereinbarungen im einzelnen, bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuhören sind. — Soweit die Verwaltungsbehörden sich der Durchführung dieser Anordnung nicht widerstellen, liegt kein Anlaß vor, sie in ihrer Amtstätigkeit zu behindern oder gar ihrer Amtier zu entziehen. Gleichwohl laufen fortgesetzte Meldeungen über eine derartige Behinderung oder Amtsenthebung ein. Hier fordern wir gründliche und baldige Rendition. Wir können nur wiederholen, daß durch eine solche Behinderung unabsehbare Schaden für die Gesamtheit, insbesondere für die Sicherstellung der Volksversorgung, entstehen kann. An alle örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erachtet hier nach unsere dringende Rührung, den von ihrem Amt entfernten Beamten, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widerstellen, sofort die Ausübung ihrer Geschäfte zu ermöglichen. Glaubt der Arbeiter- und Soldaten- beziehungsweise Bauernrat dringende Gründe für eine Personalveränderung geltend machen zu müssen, so muß er diese dem Ministerium des Innern vortragen. Nur dieses Ministerium kann die notwendige Entscheidung treffen oder von der preußischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von den örtlichen Arbeiter- und Soldaten- beziehungsweise Bauernräten selbstständig auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen.

Vom preußischen Eisenbahnamt.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tel.) Die "Deutsche Allgemeine Zeitung" (Süd. R.) berichtet: Der nach 12½-jähriger Tätigkeit aus dem Amt schiedende Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach verabschiedete sich gestern vorzeitig im Festsaal des Dienstgebäudes von den Beamten des Ministeriums und denen des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.

Zum Minister der öffentlichen Arbeiten wurde bekanntlich der bisher schon in den Eisenbahnabteilungen des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten tätig gewesene Ministerialdirektor Hoff ernannt. — Doch gerade dieser bewährte Beamte, der viele Jahre lang auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik und besonders der sozialen Fürsorge mit hervorragendem Erfolg arbeitete, durch das Vertrauen der Volksregierung an die Spalte dieser wichtigen Verkehrsverwaltung berufen wurde, wird vor allem in den Eisenbahnerkreisen sehr mit besonderer Genugtuung betrachtet werden. Schon in älterer Zukunft sind bedeutende Maßnahmen auf dem Gebiete der Dienstleistungen und Einkommensverbesserungen für Beamte und Arbeiter zu erwarten.

Zum Schutze der Volksgesundheit.

Ein Aufruf des Volksträts der A. u. S.-Räte.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tel.)

Männer, Frauen! Soldaten, Matrosen!

Das höchste Gut des Volkes ist keine Gesundheit. Der Volksgesundheit droht die schwere Gefahr, wenn bei der schnellen Demobilisierung Seuchen und sonstige ansteckende Krankheiten aufzutreten oder gar sich häufen.

Nassauisches Landestheater.

Montag, den 18. November, abends 8.30 Uhr. 10. Vorst. Nr. 6.

Der Schöpfer.

Schauspiel in 4 Aufzügen von Hans Walter.

In Szene gesetzt von Herrn Regisseur Dr. E. Wenzel als Sch.

Ende nach 9.45 Uhr.

Kurhaus Wiesbaden.

Montag, 18. Novemb.:

Nachmittags 4 Uhr:

Abonnement-Konzert

Städtisches Kurorchester.

Abends 8 Uhr:

Edvard-Grieg-Abend.

Städtisches Kurorchester.

Thalia

Größtes Lichtspielhaus.

Kirchgasse 72. Telefon 6157.

Erstaufführung

des sensationellen Schmetter-Films

Zigeunerleidenschaft

Drama in 5 Akten.

Eine tolle Wette

Eine lustige Detektivgeschichte

1107 in 2 Akten.

Die Wendelsteinbahn.



Henny Porten
in d. 4 akt. Bauernkomödie
"Holmkehr d. Odysseus" als
Josepha
d. Wirtin, zu d. drei Mohren.
Zerstörte Ideale
Künstlerdrama in 3 Akten
mit Thea Sandten. 1100

Zur gefälligen Mitteilung

Meine Geschäftsräume, die durch
Bombeneinschlag
sehr beschädigt waren, sind wieder
hergestellt und ist der Betrieb
wieder voll aufgenommen.

Waschanstalt W. Rund

Spezial-Geschäft für Stärke-Wäsche
Riehlstrasse 8 und Römerberg 1

NB. Annahme von Stärkewäsche
von Jedermann und in jeder
Menge. - - - Fertigstellung von
Montag zu Samstag.

Diese ungeheure Gefahr muß abgewendet werden. Jeder Soldat, bei dem der Verdacht einer ansteckenden Krankheit besteht, suche sofort einen Arzt auf oder bleibe solange im Lazarett in Verbindung, wie der Arzt es ihm sagt. Die Maßnahmen der Heeresleitung sind aufs Peinlichste zu befolgen. Wer verlaßt ist, sorge für schändliche Entlaubung. Ansteckende Krankheiten sind insbesondere: Fleckfieber, Ruhr, Typhus und Geschlechtskrankheiten. Wer sich nicht in Behandlung begibt oder das Lazarett vorzeitig verläßt, verläßt sich schwer: Erstens an sich selbst, weil sein Leben schwer oder später gar nicht zu heilen ist, zweitens an seiner Familie und seinen Angehörigen, die er mit Ansteckung schwer bedroht und drittens an der Gesundheit des ganzen Volkes. Das ist der Rat, den auch erfahrene, um das Volkswohl besorgte Aerzte geben.

Der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates:
Wolkenburg, Rich. Müller.

Die Wollmächtigen des Volksträts:
Grotz, Wagner.

Zur Geschichte des Gesuchs um Waffenstillstand.

Berlin, 17. Nov. (Wolff-Tel.) In einem Sonderdruck der "Preußischen Jahrbücher" wird eine Rede des Prinzen Max von Baden veröffentlicht, die dieser in der badischen Ersten Kammer halten wollte, doch durch die Ereignisse verhindert wurde. Es heißt in der Rede u. a.:

"Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsbürgerschaft, das mir fertig vorlegte, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es erschien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Ereignis zu behindern. Weder das deutsche Volk noch das feindliche Russland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig gewesen wäre. Ich mache den Gegenvorschlag, die Regierung solle als ihre erste Handlung ein detailliertes Friedensprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machen und unsere Bereitschaft zeigen sollte, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen. Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Aufforderung könne nicht gewartet werden, die Lage an der Front erfordere binnen vierundzwanzig Stunden ein Waffenstillstandsbürgerschaft. Wenn ich es nicht abgebe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Daraus entschloß ich mich, die neue Regierung zu bitten und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsbürgerschaft mit dem Namen der neuen, unbekümmerten Regierung zu unterschreiben. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten."

Nach unserer Kenntnis der Vorgänge, die zum Waffenstillstandsbürgerschaft geführt haben, beruht die Darstellung des Prinzen Max auf Richtigkeit.

Stadt Nachrichten.

Wiesbaden, 18. November.

Nassauischer Landesbauerntag. Als Vertretung der Bauern, Händler, gewerblichen Arbeiter und der ganzen werktätigen Bevölkerung Nassaus hat sich am

Samstag ein provisorischer Nassauischer Landesbauerntag gebildet. Dieser wird gemäß Erlass der preußischen Landesregierung vom 14. November 1918 gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat als Kontrollinstanz zu den Verwaltungsbehörden hinzutreten. Die endgültige Wahl des Nassauischen Landesbauerntags wird demnächst durch die Kreis-Bauerntage erfolgen. Der Nassauische Landesbauerntag soll alle Kräfte der nassauischen Landbevölkerung zur gemeinsamen Mitarbeit an der Neuordnung zusammenfassen. Der provisorische Landesbauerntag fordert in einem Aufruf die Landbewohner auf, in den Gemeinden, in denen dies noch nicht geschehen ist, sofort Bauerntage, oder, je nach den örtlichen Verhältnissen, gemeinnützige Bauern- und Arbeiterräte zu wählen. Die örtlichen Bauerntage sollen sofort einen Kreis-Bauerntag. Die Kreis-Bauerntage wählen alsbald je einen Vertreter, sowie einen Stellvertreter für den Nassauischen Landesbauerntag.

Freiwerdende Rauchwaren. Es ist anzunehmen, daß bei der möglichst raschen Demobilisierung der Bedarf der Deutschen Zentrale für Heereslieferung von Zigaretten und Rauchtabak, die selbster als Heimvolk und Marktforderungen geliefert wurden, schon zurückgegangen und ständig weiter im Abnehmen ist. Die abzuliefernde Menge der Briten sollte aus diesem Grunde auch eingeschränkt werden. Es würden dann wieder größere Mengen Rauchwaren für den Kleinhandel frei. Allerdings müßte gleichzeitig dafür gesorgt werden, daß Zigaretten und Tabak zu mäßigen Preisen in den Handel kommen.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

4. Mainz, 16. Nov. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde der sozialdemokratische Stadtverordnete und Redakteur Adelmann einstimmig zum beauftragten Bevollmächtigten gewählt. Für die allgemeine Ortsfrankenfeste, die durch die Munitionsindustrie fortwährend mit grossem Krankenstand zu rechnen hatte, wurde ein monatlicher Aufschub von 60.000 Mark vorübergehend bewilligt. Die Preise für den elektrischen Kraftstrom wurden pro Kilowattstunde um 2 Pf. erhöht. Die höflichen Bauarbeiten sollen sofort in Angriff genommen werden.

* Frankfurt a. M., 17. Nov. Die Polizeistunde wird vom Montag ab auf 11½ Uhr festgesetzt. Der Strafverkehr ist nun mehr auch nach 12 Uhr freigegeben worden.

3. Wiesbaden (Oberhauptskreis). 17. Nov. Verbotsschein. Die durch Verleihung des Lehrers Wilhelm nach Frankfurt a. M. freizemordene Lehrerstelle ist ab 15. November der Schamtschewerberin Emilie Baerker aus Dortmund übertragen worden. Bürgermeister Benz, welcher 8 Jahre unserer Gemeinde vorstand, ist auf weitere 8 Jahre einstimmig wiedergewählt worden.

Fe. Friedberg, 18. Nov. Der Direktor des hierigen Predigerseminars, Geheimer Kirchenrat Professor Dr. Schöell, hat einen ehrenvollen Ruf in den Dienst seiner württembergischen Heimat erhalten und angenommen. Er ist als Präsident und Generalsuperintendent der Diözese Würzburg mit dem Siebe in Stuttgart aussersehen.

Schriftleitung: Bernhard Großhans. Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: B. Großhans; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und sozialwirtschaftlichen Teil: B. E. Eisenberger; für Stadt- und Landesnachrichten, Gericht und Sport: L. H. Hans Hause; für die Künste: J. B. Bäckler. Familiär in Wiesbaden. Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Residenz-Theater.

Montag, den 18. November.

Abends 7 Uhr.

Brauchen Siekt!

Musikalischer Schwung mit Gelang und Tanz in 8 Akten von Leo Kostner und Alfred Möller, Gesangstrie von Hans Lorenz. Musik von Dr. Gellert. Ende nach 8.30 Uhr.

Kinephon Monopol
Zoolog. Str. 1, nahe Röhrbrunnen. Telefon 140. Telefon 140.

Mia May
in ihrem neuesten und besten Werk:

Ihr großes Geheimnis
Die Tragödie der Künstlerin Tatjana Norinska.

4 Akte! 4 Akte!
Dalmatien, das Sonnenland Herrliche Naturbilder.

Schnurzels Abenteuer Rößlicher Schwung in 3 Akten. Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Pianos
neu und gespielt
— gute Marken —
empfiehlt 7648

Franz Schellenberg
Kirchgasse 33.

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg
Seit 1890: 328 Einjähr., 235 Primärer (7,8 Kl.). In den Kriegsj. 137 Einjähr., 66 Prima O. II. Familienheim.

Bekanntmachung.
Beitr. Schlachtung von Schweinen.

Bis auf Weiteres ist die Schweinschlachtstelle wegen Fleischmangel und aus technischen Gründen nur Dienstag 8 Uhr bis Samstag 8 Uhr geöffnet.

Wiesbaden, den 16. November 1918.

Stadt. Schlachthof-Verwaltung.



Zahnärzteschein. Zahnärzten, Hörärzten, Piomberen Zahnregulierungen, Künstl. Zahnersatz in den Ausführungen u. a. m. Sprechstunden: 9-12 Uhr. — Telefon 3118.

Dentist des Wiesbadener Beamtenvereins.

„Kriegsbeschädigte Sonderbedingungen.“

17691